

Empfehlungen zum Arzneimittelbereich

① Die Verfügbarkeit wirksamer Arzneimittel leistet einen wesentlichen Beitrag zu der in der Bundesrepublik Deutschland vorhandenen modernen und leistungsfähigen Gesundheitsversorgung. Andererseits werden Arzneimittel zunehmend als Problemlöser für schlechthin alle Störungen des Wohlbefindens betrachtet und eingesetzt. Es sollte durch gezielte Maßnahmen auch der Gesundheitsaufklärung verstärkt auf einen überlegten und gesundheitsbewußten Umgang mit Arzneimitteln hingewirkt werden. Auf die Gefahren einer Arzneimittelgewöhnung und Arzneimittelsucht sollte dabei ebenso hingewiesen werden wie auf die Gesundheitsgefahren, die mit einer unsachgemäßen Anwendung verbunden sein können.

② Die Solidargemeinschaft der Sozialversicherten darf unbeschadet des Wirtschaftlichkeitsgebots gemäß § 368 c RVO nur mit solchen Kosten belastet werden, die aus der Verordnung von Arzneimitteln entstehen, deren therapeutische Wirksamkeit gesichert ist. Entsprechendes gilt für die Privatpatienten und ihre Versicherungsgemeinschaften.

Die bestehende Eigenbeteiligung der Versicherten an den Ausgaben für Arzneimittel sollte auf ihre Auswirkungen auf die Verordnungswünsche der Versicherten und die Verschreibungspraxis der Ärzte im Hinblick auf Packungsgrößen überprüft werden.

Durch die Schaffung therapiegerechter Packungsgrößen für medizinische Indikationsgebiete sollte dem Arzneimittelverbrauch und einer unsachgemä-

ßen Anwendung von Arzneimitteln entgegengewirkt werden. Die Vereinheitlichung der Packungsgrößen trägt darüber hinaus zu einer verbesserten Markttransparenz und zur Kostendämpfung bei.

③ Eine gezielte, therapiegerechte und dem Gebot der Wirtschaftlichkeit Rechnung tragende, also verantwortungsbewußte Arzneimittelverordnung durch den Arzt setzt voraus, daß

► dem Arzt eine im Aufbau einheitliche, umfassende Übersicht über die ordnungsfähigen Arzneimittel unter Berücksichtigung von Qualität und Preis an die Hand gegeben wird;

► die Produktwerbung der pharmazeutischen Industrie auf eine systematisch aufgebaute und objektive Information des Arztes über die therapeutischen Eigenschaften und unerwünschte Wirkungen von Arzneimitteln ausgerichtet wird;

► dem Arzt durch die hierfür zuständigen ärztlichen Organisationen ausreichende Fortbildungsmöglichkeiten auf dem Gebiet der Arzneitherapie unter besonderer Berücksichtigung von Therapiegerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit geboten werden.

④ Um wirksame, dem jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis entsprechende Arzneimittel zur Verfügung stellen zu können, muß die pharmazeutische Industrie aufwendige Forschungsanstrengungen unternehmen. Da Forschung von Unternehmen am effizientesten im Wettbewerb miteinander betrieben wird, ist

darauf hinzuwirken, daß die Bedingungen für forschende pharmazeutische Unternehmen verbessert werden. Dazu sollte geprüft werden, inwieweit beispielsweise eine Verlängerung des Patentschutzes und eine Verstärkung indirekter Forschungsförderung möglich sind.

Weshalb keine Senkung der Mehrwertsteuer?

Ergänzend zu der oben dokumentierten Empfehlung der Konzertierten Aktion haben die Bundesverbände der Ortskrankenkassen, der Betriebskrankenkassen, der Innungskrankenkassen und der Landwirtschaftlichen Krankenkassen, die Bundesknappschaft, der Verband der Angestellten-Krankenkassen e. V., der Verband der privaten Krankenversicherung, die Kassenärztliche Bundesvereinigung, die Bundesärztekammer, der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie sowie die Arbeitsgemeinschaft der Berufsvertretungen deutscher Apotheker in einer *gemeinsamen Presseerklärung* festgestellt:

„Die Spitzenverbände der Krankenkassen, der Ärzte, der Pharmazeutischen Industrie und der Apotheker halten eine Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes für Arzneimittel in Anpassung an die Regelungen in den anderen EG-Mitgliedstaaten für unerläßlich. Sie bedauern, daß hierüber in der Herbstsitzung der Konzertierten Aktion mit den Vertretern der Bundesregierung und der Länder keine Einigung zu erzielen war. Dies gilt um so mehr, als durch eine solche Maßnahme der Staat selbst zu einer erheblichen Reduzierung der Ausgaben der Krankenversicherung beitragen könnte.“ □